

Antworten auf die Wahlprüfsteine vom Bundesnetzwerk Mehrgenerationenhäuser anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. Miteinander der Generationen: Mit welchen Maßnahmen streben Sie an, Mehrgenerationenhäuser als familienunterstützende, generationsverbindende Institutionen zu sichern, ihre Ausweitung zu fördern, unter dem Aspekt des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zur Bedeutung der Generationengerechtigkeit?

Eine ganzheitliche Strategie bei der Errichtung der Mehrgenerationenhäuser (MGH) sollte auf einen nachhaltigen Aufbau der MGH setzen und andere Instrumente, die Zusammenleben und Engagement fördern. Der Ansatz sollte eine solche Infrastruktur von unten stärken und die Kommunen finanziell in die Lage versetzen, Instrumente wie die MGH selbst tragen zu können. Wir GRÜNE werden uns im Bundestag dafür einsetzen, dass die notwendigen Mittel für die Mehrgenerationenhäuser auch in den nächsten Jahren bereitgestellt werden. Laut Bundesverfassungsgericht bedeutet Klimaschutz Generationengerechtigkeit. Mit dieser Entscheidung wird eine grundlegende Novellierung des Klimaschutzgesetzes notwendig, die eine konkretere Gesamtstrategie festlegt. Für Gebäude wollen wir eine Klima- und Sanierungsoffensive auf den Weg bringen. Wie die Strategie im Einzelnen aussehen muss, hat unsere Bundestagsfraktion im Antrag „Klimaschutz jetzt“, Drucksache 19/29294 beschrieben.

2. Sozialraumorientierung: Mit dem kommunalen Beschluss bestätigt die Kommune die Zusammenarbeit mit den Mehrgenerationenhäusern bei der Bewältigung des demografischen Wandels. Wie können Sie uns unterstützen, damit die Mehrgenerationenhäuser aktiv an der kommunalen Sozialplanung beteiligt werden?

Mit der doppelten Pflegegarantie wollen wir GRÜNE Kommunen unterstützen. Das bei der „Hilfe zur Pflege“ eingesparte Geld soll von allen Gemeinden eingesetzt werden, um für ein vielfältiges soziales und pflegerisches Angebot vor Ort zu sorgen, z.B. für Quartiersmanagement. Das pflegerische Angebot sollte eingebettet sein in ein Umfeld, das älter werdende Menschen dabei unterstützt, selbstbestimmt zu leben und aktiv an der Gesellschaft teilzuhaben. Das berührt einerseits die Rahmenbedingungen für Lebensbereiche wie barrierefreies und altersgerechtes Wohnen, barrierefreie Mobilität oder Engagementstrukturen, aber auch gezielte Angebote für Beratung, Begegnung und Unterstützung in der Nachbarschaft. So entstehen lebenswerte Quartiere für alle Generationen – ob im Dorf oder im Stadtteil. Deswegen muss die Planung der pflegerischen Versorgung in eine kommunale Sozialraumplanung integriert werden, die Pflege, Altenhilfe, bürgerschaftliches Engagement, soziale Arbeit und Wohnungs(bau)politik umfasst.

3. Unterstützung freiwillig Engagierte: Wie wollen Sie das Engagement in den Häusern fördern? Was können Sie dafür tun, dass die Mehrgenerationenhäuser über eine verlässliche Infrastruktur (Finanzierung, Ausstattung) verfügen, um dem gezeigten Engagement einen zuverlässigen Gestaltungsraum zu geben?

Die Mehrgenerationenhäuser sind wichtige Einrichtungen für das lokale Engagement, Begegnungsort der Generationen und Anlaufstelle für Nachbarschaften und Menschen verschiedenster Hintergründe. Wir GRÜNE setzen uns daher auch weiterhin für ihre auskömmliche Finanzierung und das Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser ein. Grundsätzlich braucht es zudem in der Förderpolitik von Engagement und Ehrenamt einen "Paradigmenwechsel" weg von immer mehr kleinteiliger und kurzweiliger Projektförderung hin zu längerfristigen und verlässlichen Unterstützungsangeboten, die der Zivilgesellschaft und ihren Bedarfen angepasst sind.

4. Vereinsamung wird als ein wachsendes Problem für alle Generationen, in allen sozialen Milieus festgestellt. MGH sind gemeinschaftsstiftende Orte und setzen sich für das Entstehen lebendiger Nachbarschaften ein. Wie wollen Sie die Häuser in ihrer Arbeit zum Thema Vereinsamung konkret stärken?

Die Bekämpfung von Einsamkeit muss mit strukturellen Veränderungen unterstützt werden und darf nicht allein dem Individuum übertragen sein. In der Debatte um Einsamkeit geht es vor allem um Vorbeugung und Bekämpfung chronischer Einsamkeit und um politische Verantwortung für das Gemeinwohl. Maßnahmen in der Stadtplanung sind dauerhaft zu verankern. Eine inklusive und solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders, gegen die Einsamkeit und Orte des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Wir GRÜNE erarbeiten gemeinsam mit Expert*innen und Bürger*innen eine nationale Strategie gegen Einsamkeit. Und wir wollen mit den Kommunen und Initiativen vor Ort eine Bundesstrategie „Orte des Zusammenhalts“ auf den Weg bringen. Wir setzen uns für ein Bundesprogramm lebenswerte und inklusive Quartiere für alle Generationen ein. Wir unterstützen den Grundgedanken eines besseren Miteinanders für Jung und Alt des Konzepts des Netzwerks „WHO Global Network of Age-friendly Cities and Communities“.

5. Die Armutsquote bzw. Armutsgefährdungsquote steigt ständig. Über Angebote hinaus bedarf es gezielter Förderstrategien, die vor allem benachteiligten Bevölkerungsgruppen Chancen für eine aktive Teilhabe eröffnen. Mit welchen Maßnahmen werden Sie die MGH beim Thema „Armutsbekämpfung“ unterstützen?

Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne Existenzangst. Wir GRÜNE wollen deshalb alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben zu schaffen. Freiheit für alle setzt aber soziale Mindestbedingungen voraus. Diese wollen wir unter anderem mit unserer Garantiesicherung sicherstellen. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle Existenzminimum. Auch ein inklusiver, verlässlicher und sozialer Arbeitsmarkt ist notwendig, damit alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Voraussetzungen daran teilnehmen können. Das schließt alternsgerechte Arbeitsbedingungen ein. Wir wollen die regionale Daseinsvorsorge stärken und für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität und Breitband Mindeststandards formulieren. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung - wir verfolgen den generationenfreundlichen Ansatz der „Age-friendly Cities and Communities“ der WHO – auch für ältere Menschen in Stadt und Land und im digitalen Raum.

6. Digitalisierung: Für welche Rahmenbedingungen setzen Sie sich ein, damit Mehrgenerationenhäuser aktive Akteure sind, um vor allem sozial Benachteiligten und älteren Menschen, einen Zugang und verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen?

Lebenslanges Lernen und Aufklärung im Umgang mit digitalen Medienangeboten sind eine Aufgabe für die ganze Gesellschaft, nicht nur für den Schulunterricht. Von der Inhalteproduktion über Datensicherheit bis hin zur Informationsqualität gibt es viele Bereiche, die wichtig sind, um souverän und verantwortungsvoll mit digitalen Medien umzugehen. Auch Themen wie die algorithmische Selektion von Inhalten (welche Nachrichten werden mir von der Webseite oder App "empfohlen"?), die Rolle der künstlichen Intelligenz oder die Frage, welche Rolle personalisierte Werbung für digitale Geschäftsmodelle spielt, sind aktuell und virulent. Wir GRÜNE setzen uns für eine Bundeszentrale für digitale und Medienbildung ein, die die Verbesserung der Medienkompetenz für alle Altersgruppen voranbringen soll, indem sie bestehende Angebote bündelt und besser vernetzt.

7. Demokratiebildung: MGH sind Orte, an denen Solidarität und gesellschaftliche Vielfalt konkret erfahrbar werden. Wie wollen Sie die Mehrgenerationenhäuser konkret bei dieser wichtigen Aufgabe der Demokratiebildung in den Gemeinden und Stadtteilen unterstützen und Demokratiebildung fördern?

In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung und Fragmentierung, von Populismus und Polemik im politischen Diskurs und Hass und Hetze im Netz und der analogen Welt sehen wir GRÜNE, wie wichtig Demokratiebildung ist. Wir wünschen uns mehr Unterstützung von "Lernen durch Engagement" (sog. Service Learning). Ein essenzieller Teil von Demokratiebildung funktioniert

in der selbstorganisierten Zivilgesellschaft vor Ort - wie eben den Mehrgenerationenhäusern. Um hier demokratiebelebenden Initiativen mehr Möglichkeiten und Sicherheiten geben können, fordern wir ein Demokratiefördergesetz. Damit schaffen wir eine verlässliche Grundlage, dass der Bund in die Demokratieförderung und wertvolle Programme wie "Demokratie leben!" investieren kann. Auch die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) möchten wir gerne zu einer klar auf Förderung ausgerichteten Institution weiterentwickeln (Förderstiftung) über die lokale Demokratieprojekte - auch in Zusammenarbeit mit MGH - umgesetzt werden könnten.

8. Aktuell erhalten die Mehrgenerationenhäuser 50.000 Euro pro Jahr. Diese Arbeit benötigt eine bessere Ausstattung mit Personal- und Sachkosten und eine gesetzliche Verankerung. Wie werden Sie die Mehrgenerationenhäuser unterstützen, damit diese finanziell abgesichert und nachhaltig arbeiten können?

Wir GRÜNE verweisen hier auf unsere Antworten zu den anderen Fragen, insbesondere auf Frage 1.